

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt -
Kreislaufwirtschaftsgesetz - Luftverkehr - EU - USA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1994) : Kurz kommentiert: Arbeitsmarkt - Kreislaufwirtschaftsgesetz - Luftverkehr - EU - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 6, pp. 277-278

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137130>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitsmarkt

Noch keine Entwarnung

Am Arbeitsmarkt, wo die Besserung nach Rezessionen stets mit Verzögerung der Produktionsbelegung folgt, gibt es in Westdeutschland seit kurzem Anzeichen für eine Bremsung der Talfahrt. Neben weniger Kurzarbeit und mehr Überstundenarbeit hat sich seit einigen Monaten auch eine spürbare Abschwächung des Rückgangs der Beschäftigtenzahl ergeben. Gleichzeitig verlangsamte sich der saisonbereinigte Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Mit einem Auslaufen des Beschäftigungsabbaus ist allerdings erst für den späteren Verlauf des Jahres zu rechnen, und die Arbeitslosenzahl wird, da das Arbeitskräfteangebot weiter wachsen dürfte, saisonbereinigt wohl das ganze Jahr über steigen. Auch für 1995 zeichnet sich bei den gegenwärtigen Konjunkturperspektiven noch kein nennenswerter Abbau der Arbeitslosigkeit ab. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt eine längerfristige Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Unter diesem Aspekt ist weiterhin Wachstumspolitik angemessen, die die Entfaltung der Wirtschaftstätigkeit im privaten Sektor erleichtert; denn es sind vor allem private Investitionen, die dauerhaft rentable neue Arbeitsplätze schaffen. Hierfür ist eine Senkung der Steuerbelastung der Unternehmen und eine Rückführung der Staatsquote nötig, aber auch ein Abbau bürokratischer Hemmnisse für Investitionen.

Gleichzeitig müßten von staatlicher Seite auch Bedingungen für mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt geschaffen werden. Möglichst viel Deregulierung sollte das Ziel sein. Weiterhin gefordert sind auch die Tarifpartner. Sie sollten am Kurs niedriger allgemeiner Lohnerhöhungen festhalten, und sie sollten ebenfalls für mehr Flexibilität sorgen, nicht nur in den Arbeitszeiten, sondern auch in der Entlohnung. Ein Beispiel hierfür sind niedrige Einstiegstarife für Arbeitslose, wie sie in der Chemieindustrie vereinbart wurden. sp

Kreislaufwirtschaftsgesetz

Keine wirksamen Knappheitssignale

Der Bundesrat verweigerte Ende Mai dem von der Bundesregierung vorgelegten und im Bundestag verabschiedeten neuen Abfallgesetz („Kreislaufwirtschaftsgesetz“) die Zustimmung. Im Kern strebt der Gesetzentwurf an, nur noch für solche Rückstände eine Deponierung zuzu-

lassen, bei denen eine Verwertung nicht möglich oder ökologisch kontraproduktiv ist, um die in der Vergangenheit ständig gestiegenen Deponiemengen zu verringern. Die geforderte Verwertung soll dabei grundsätzlich gleichrangig stofflich oder thermisch (Verbrennung) erfolgen können. Insbesondere dies kritisierte die Ländermehrheit, die einen klaren Vorrang der stofflichen Verwertung fordert.

Zwar ist es positiv zu bewerten, daß der Gesetzentwurf auf eine „Zielhierarchie“ der Optionen stoffliche Verwertung bzw. Verbrennung verzichtet: Das Ziel der Abfallpolitik kann – neben der Verringerung der Deponiemengen – nur die Minimierung der entstehenden Emissionen sein. In welchem Ausmaß dafür eine stärkere stoffliche oder thermische Verwertung vonnöten ist, kann nur der Wettbewerb dieser Optionen um die Inanspruchnahme der Umwelt effizient entscheiden; und dieser würde durch eine normative Festlegung nur verzerrt. Es ist für einen unverzerrten Wettbewerb jedoch ebenfalls unabdingbar, daß die abfallwirtschaftlichen Umweltkosten den jeweiligen Optionen möglichst genau zugerechnet werden. Dieses leistet das Ordnungsrecht in der Luftreinhaltung aber keineswegs, da keine wirksamen Knappheitssignale existieren. Deshalb ist die Befürchtung des Bundesrates wohl berechtigt, das neue Gesetz führe zu einer Ausweitung der Verbrennung über das volkswirtschaftlich sinnvolle Niveau hinaus. Statt einer Regulierung der Abfallwirtschaft wäre in diesem Fall aber eine Reform der Umweltpolitik angezeigt, die dem ökologisch sinnvolleren Verwertungsweg einen Wettbewerbsvorteil verschafft. kb

Luftverkehr

Deregulierungsschritte

Im Zuge der Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs wird der Bund in Kürze seinen Aktienanteil an der Deutschen Lufthansa AG von 51,42% auf 38% verringern, indem er an der vorgesehenen Kapitalerhöhung nicht mehr teilnehmen wird. Bis Ende 1995 will der Bund alle Aktien verkauft haben; die Lufthansa AG soll damit vollständig in die Privatwirtschaft entlassen werden.

Neben der Privatisierung sind auch bereits Deregulierungsschritte vollzogen: Die Fluggesellschaften können nach der EG-Verordnung ihre Flugpreise frei festlegen; die Preise müssen lediglich noch beim Bundesverkehrsministerium hinterlegt werden. Staatliche Eingriffe sind nur noch möglich, wenn Dumping oder extrem überhöhte Preise nachgewiesen werden können. Sogar im Inlandsverkehr, der bislang zum Teil von der Lufthansa monopol-

stisch beherrscht wurde und streng reguliert war, gibt es Tendenzen zu mehr Marktwirtschaft. So ist derzeit für ausländische Fluggesellschaften eine Anschlußkabotage erlaubt, also die Möglichkeit ausländischer Fluggesellschaften, auch im Inland Passagiere zu befördern, wobei allerdings höchstens 50% der Sitze für diesen Zweck genutzt werden dürfen. Aber schon ab 1997 ist die Kabotage vollkommen freigegeben, so daß dann endlich auch im Inland Wettbewerb herrschen wird.

Unter diesen Bedingungen wird sich zeigen, ob die Lufthansa AG als ehemalige fast staatliche, im Inlandsgeschäft stark vor den Konkurrenten geschützte Gesellschaft in der Lage sein wird, sich flexibel an den Markt anzupassen. Für den Verbraucher kann der zu erwartende verstärkte Wettbewerb nur von Vorteil sein: die Preise werden tendenziell sinken und das Angebot sich verbessern. cw

EU

Wichtige Weichenstellungen

Ab 1. Juli 1994 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernehmen und im ersten Halbjahr 1995 daran anschließend Frankreich. Beide Staaten wollen eine im Gesamtzeitraum eng abgestimmte, auf Kontinuität gerichtete Politik betreiben, wie sie auf dem 63. deutsch-französischen Gipfeltreffen Ende Mai festlegten. In dieser Zeit geht es um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft. Nicht zuletzt wirft die für 1996 vorgesehene EU-Regierungskonferenz ihren Schatten voraus. Dort soll über die nach Maastricht erzielten Fortschritte beraten und mögliche Revisionen des EU-Vertrages in die Wege geleitet werden.

Ausgangspunkt deutsch-französischer Initiativen dürfte die weitere Umsetzung des Aktionsplanes des Europäischen Rates vom Dezember 1993 zur Sicherung des Standortes Europa sein. Kernelemente sind dort u.a. Arbeitsmarktflexibilisierung, Lohnmäßigung und verbesserte Aus- und Fortbildung. Zudem dürften infrastrukturelle Großprojekte auf den Weg gebracht werden. In die Zeit der deutschen Präsidentschaft wird die Entscheidung fallen, ob angesichts der von der Kommission bei vorrangigen Projekten ermittelten Finanzierungslücken ein für die Haushaltsdisziplin möglicherweise nicht ungefährlicher Weg der Kreditfinanzierung beschritten wird oder ob man die Projekte statt dessen „schlanker“ macht oder zeitlich streckt.

Einer Bewährungsprobe ist die deutsche und französische Präsidentschaft in der Frage der Öffnung der Union

nach Osten ausgesetzt. Nicht nur ökonomische Gründe sprechen dafür, den marktwirtschaftlichen Transformationsprozeß der osteuropäischen Reformstaaten durch eine weite Öffnung des eigenen Marktes zu unterstützen und damit die Voraussetzungen für eine stufenweise Integration in die Union zu schaffen. Hier ist gegenüber einer Reihe von EU-Mitgliedsländern, die den Marktzugang für die osteuropäischen Länder eher noch beschränken wollen, Überzeugungsarbeit zu leisten. kr

USA

Geldpolitische Zügel angezogen

Die amerikanische Zentralbank hat Mitte Mai sowohl den Diskont- als auch den Tagesgeldsatz um einen halben Prozentpunkt auf 3,5% bzw. 4,25% angehoben. Der Diskontsatz wurde damit erstmals seit dem Frühjahr 1989 wieder erhöht. Die Zentralbank begründete ihren Schritt damit, sie wolle sicherstellen, daß der gegenwärtige robuste Aufschwung vor dem Hintergrund der langjährigen monetären Stimulierung bzw. Akkommodierung nicht in einen inflationären Prozeß übergehe. Von politischer Seite ist die Zinsanhebung zum Teil heftig kritisiert worden. Es seien noch keine Anzeichen für eine Beschleunigung des Preisauftriebs zu erkennen, und die höheren Zinsen hätten damit lediglich wachstumshemmende Wirkungen. Das Anziehen der geldpolitischen Zügel wäre also nicht nur überflüssig gewesen, sondern könne sogar den Aufschwung gefährden.

Tatsächlich ist der Anstieg etwa der Verbraucherpreise in den USA nach wie vor mäßig, und die Zunahme der Löhne und Arbeitsstückkosten hat sich kaum schon verstärkt. Lediglich auf den Rohstoffmärkten kam es zu erheblichen Verteuerungen. Bei der Gewährleistung der monetären Rahmenbedingungen für ein anhaltendes, von inflationären Störungen freies Wachstum kann die Zentralbank wegen der Zeitverzögerungen bei der Wirkung geldpolitischer Maßnahmen aber naturgemäß nicht warten, bis die Anzeichen für eine Überhitzung der Konjunktur für jedermann unübersehbar werden. Vielmehr gilt es, den Inflationserwartungen bei den Marktteilnehmern schon frühzeitig entgegenzuwirken. Die langfristigen Zinsen am Kapitalmarkt, in deren Anstieg sich schon seit mehreren Monaten das Aufkommen von Inflationserwartungen dokumentierte, gingen nach der Zinsentscheidung der Federal Reserve wieder leicht zurück. Die Marktteilnehmer haben offensichtlich das Signal der Zentralbank verstanden als einen verantwortungsbewußten, stabilitätsorientierten Übergang zu einer „neutralen“ Geldpolitik. cb